

Inhalt

Vorwort	V
Vorwort zur 1. Auflage	VII
Hinweise für den Benutzer	XVII

Zur Einstimmung

I. Prolog über eine gerechte Ordnung	1
II. Grundgesetz für jedermann.	6

1. Kapitel: Gemeinschaft – Staat

§ 1 Was ist eine menschliche Gemeinschaft?	11
§ 2 Was ist ein Staat?	16
I. Der Staat als Form menschlicher Gemeinschaft	16
II. Begegnung mit der Wirklichkeit	17
III. Staatsgebiet – Staatsvolk – Staatsgewalt	19
IV. Der deutsche Bundesstaat	21
V. Entwicklung zum Weltinnenrecht	26

2. Kapitel: Würde – Freiheit – Gleichheit

§ 3 Der Staat, das Wesen des Menschen und seine Würde	29
I. Grundorientierung an der menschlichen Natur	29
II. Die Grundforderung des Seins: Jedes menschliche Wesen muss als Mensch anerkannt werden	31
III. Menschliche Würde als die Fähigkeit zur autonomen Lebensgestaltung	33
IV. Die rechtliche Gewährleistung	35
1. Die Würde und ihr Anspruch auf Anerkennung	35

2. Das „Ausgeliefertsein“ als Grundsituation einer Verletzung	36
3. Absoluter Schutz	37
V. Menschenwürde als Grundrecht und Basis der Grundrechte	44
§ 4 Über die Freiheit	44
I. Idee und Begriff	44
1. Die natürliche Anlage zur Freiheit	45
2. Die Notwendigkeit gleicher Freiheit	45
3. Freiheit in Verantwortung	47
4. Verfälschung der Freiheitsidee	48
II. Die rechtliche Gewährleistung	50
1. Die Freiheit als Grundrecht	50
2. Grundrechtsträger und Grundrechtsadressaten	53
3. Staatliche Schutzpflicht für die Grundrechte	54
III. Die verschiedenen Funktionen der Grundrechte	57
1. Das Grundrecht als Abwehrrecht	57
2. Das Grundrecht als Mitwirkungsrecht	63
3. Das Grundrecht als Leistungsrecht	64
§ 5 Über die Gleichheit	67
I. Idee und Begriff	67
1. Freiheit und Gleichheit gehören zusammen	67
2. Gleichheit ist Chancengleichheit	68
3. Gleichgewichtsstörung zwischen Freiheit und Gleichheit	70
4. Egalisierung als demokratisches Übel	72
II. Die rechtliche Gewährleistung	75
1. Gleichheit ist kein selbst tragendes Recht	75
2. Der allgemeine Gleichheitssatz	76
3. Die speziellen Gleichheitssätze	80
§ 6 Gewährleistungsgegenstand und Schutz der Grundrechte	82
I. Was schützen die Grundrechte?	82
II. Wie und wieweit kann in Grundrechte eingegriffen werden?	83
III. Besondere Schutzvorkehrungen („Schrankenschranken“) .	85
1. Das Verhältnismäßigkeitsprinzip	85
2. Die Wesensgehaltgarantie	86
IV. Insbesondere: Rechtsschutz durch unabhängige Gerichte .	87

3. Kapitel: Demokratie

§ 7	Demokratie als Staats- und Regierungsform	91
I.	Repräsentative Demokratie	92
1.	Grundstimmung des Unbehagens	92
2.	Neigung zum Systembruch	93
a)	Die mangelnde Fähigkeit und Bereitschaft des Hinhörens	94
b)	Der unerfüllte Wunsch des Bürgers nach der nach Glaubwürdigkeit des Politikers	95
II.	Volksrepräsentation durch besondere Organe	97
1.	Das Gesetzgebungsorgan	99
2.	Das Exekutivorgan („vollziehende Gewalt“)	102
a)	Die Bundesregierung	102
b)	Die Verwaltung	105
c)	Die militärische Verteidigung	106
3.	Das Rechtsprechungsorgan	107
Exkurs: Der Bundesrechnungshof	113	
4.	Der Bundespräsident	113
§ 8	Die Bedeutung der Volkswahl	117
I.	Legitimationskreislauf in offener Herrschaftsstruktur	117
II.	Volkswahl, Auswahl und die Rolle der politischen Parteien	121
III.	Grundsätze der Wahl	124
IV.	Wahlsystem	126
V.	Mehrheitsprinzip	128
VI.	Die Wahl als politische Richtungsbestimmung und permanente Kontrollbewertung	129
VII.	Macht, Verantwortung und Vertrauen	130
§ 9	Freier, offener und unreglementierter Diskurs	134
I.	Argumentieren als Lebensluft der Demokratie	134
II.	Der Volkswillensbildungsprozess als Rahmen des Argumentierens	136
1.	Die Grundrechte als Instrumente	137
a)	Meinungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 GG)	137
b)	Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG)	141
c)	Vereinigungsfreiheit (Art. 9 Abs. 1 GG)	142
d)	Glaubens-, Bekenntnis- und Gewissensfreiheit (Art. 4 Abs. 1 und 2 GG)	142
e)	Kunst- und Wissenschaftsfreiheit (Art. 5 Abs. 3 GG)	143
f)	Parteienfreiheit (Art. 21 GG)	143
2.	Charakter des Willensbildungsprozesses	144

III.	Staatsfreiheit der Volkswillensbildung.	145
IV.	Gegenstand und Funktion der Volkswillensbildung	146
§ 10	Mitwirkung an staatlichen Entscheidungen als Ergänzung der Volkswillensbildung (Partizipation)	148
§ 11	Das Prinzip Selbstverwaltung.	149
§ 12	Distanz von Staat und Gesellschaft als Garant der Freiheit	150
I.	Prinzip der Nichtidentifizierung	150
II.	Ermöglichung verschiedener Lebens- und Organisationsformen	152
III.	Zuordnungsverhältnis von Staat und Gesellschaft	154
§ 13	Die Demokratie in der offenen Staatlichkeit	155
I.	Öffnung zu staatsübergreifenden Institutionen.	157
II.	Insbesondere: Öffnung zur Europäischen Union.	158
1.	Von den Europäischen Gemeinschaften zur Europäischen Union	158
2.	Fundamentale Änderungen der Nationalstaaten	159

4. Kapitel: Wandlungen des demokratischen Systems

§ 14	Gefährdung der Legitimation durch Machteinbußen des Parlaments	164
I.	Machtverschiebung vom Parlament zur Exekutive als Folge eines faktischen Entwicklungsprozesses.	165
1.	Entwicklungen im Verhältnis von Parlament und politischen Parteien	165
2.	Entwicklungen im Verhältnis von Regierung und politischen Parteien	170
	Exkurs: Die Dominanz parteipolitischer Gesetzlichkeiten und ihre Folgen	171
3.	Reformüberlegungen.	175
II.	Machtverschiebung als Folge der europäischen Integration.	178
1.	Das demokratische Problem.	179
a)	Strukturelle Grundanforderung Subsidiarität	180
b)	Grenzen der europäischen Integration	183
c)	Ende des demokratischen „Reinheitsgebots“ – Denken auf zwei Ebenen	185
2.	Konstituierung einer transnationalen Verbunddemokratie	187
a)	Das Europäische Parlament	188
b)	Die nationalen Parlamente.	189

c) Vorteile und Mängel der transnationalen Verbunddemokratie.	191
3. Die Organe der Union	193
a) Der Europäische Rat	194
b) Der Rat (Ministerrat)	194
c) Die Europäische Kommission	195
d) Der Europäische Gerichtshof	196
e) Der Europäische Rechnungshof	197
f) Die Europäische Zentralbank	197
4. Der europäische Grundrechtekatalog	198
a) Dominanz der europäischen und Garantie der deutschen Grundrechte.	198
b) Die gesetzestechnische Unzulänglichkeit der Grundrechtsregelungen	200
c) Grundrechte als Instrumente der Volkserziehung.	201
d) Möglichkeit der Grundrechtseinschränkung	205
e) Gerichtlicher Grundrechtsschutz	205
III. Resümee.	206
IV. Sind wir auf dem Weg in eine neue Welt?	207
§ 15 Argumentation – ein Wirkungsfeld für Funktionäre.	207
I. Parteien, Verbände, Medien: Die „Großen Drei“ bestimmen das Spiel.	208
1. Die Legende vom politisch aktiven Bürger.	208
2. Die politischen Parteien	210
3. Die Verbände	212
4. Die Sonderrolle der Medien	215
a) Erhebliche Machtposition und mangelnde Ethik	216
b) Autoritäre Massenmedien	217
c) Das Übel der „Political Correctness“	218
d) Manipulation durch Medien ist ein Faktum	221
e) Radikales Umdenken ist unverzichtbar.	223
II. Volkswillensbildungsprozess in der Europäischen Union	225
1. Verwobenheit nationaler und europäischer Willensbildung.	225
2. Ansätze zur Ausbildung gesellschaftlicher Willensbildung in Europa	226
§ 16 Schwindende Distanz – wachsende Gefahr für die Freiheit	228
I. Permanente Gefährdung durch Staat und Gesellschaft	229
1. Gefährdung durch den Staat.	229
2. Gefährdung durch die Gesellschaft.	233
II. Distanzverlust als Folge europäischer Integration	235
III. Resümee: Die Wandlungen bedrohten die Freiheit	237

5. Kapitel: Das Sozialstaatsprinzip

§ 17	Verfassungsrechtliche Grundaussagen	239
I.	Freiheitlicher Sozialstaat	239
II.	Das soziale Grundanliegen	242
III.	Eckpunkte sozialer Leistungserbringung	243
§ 18	Die zentrale Position des Gesetzgebers	245
I.	Sozialer Ausgleich	245
II.	Soziale Sicherheit	249
1.	Sozialversicherungsrecht	249
2.	Soziale Entschädigung	250
III.	Staatliche Mitverantwortung für die Wirtschaft	250
§ 19	Gefahren und Verwerfungen	254
I.	Sozialwohl contra Gemeinwohl	254
II.	Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik	255
1.	Wegnehmen, Zuteilen und Umverteilen in einem „verdeckten Verfahren“	257
2.	Der Staat ist keine „Umverteilungsagentur“	258
3.	Grenzenloses Verteilen – grenzenlose Wünsche – begrenzte Leistung	260
III.	Die Misere der Verhaltensänderung	262
1.	Umverteilungsstaat als Konfiskationsstaat – Schonhaltung der Gebenden	262
2.	Forderungshaltung der Nehmenden	265
3.	Wie kann es weiter gehen?	268

6. Kapitel: Das Rechtsstaatsprinzip

§ 20	Herrschaft des Rechts	271
I.	Rechtsstaat als Verfassungsstaat	272
II.	Primat des Rechts – Ordnung in Freiheit	272
III.	Rechtsordnung als Sozialordnung	273
IV.	Differenzierte Rechtsordnung	276
1.	Das Privatrecht	276
2.	Das Öffentliche Recht	277
V.	Arten und Verbindlichkeit hoheitlicher Verfügungen	278
VI.	Vielfalt der Rechtsregelungen	280
VII.	Rangordnung der Rechtsregelungen	280
VIII.	Durchsetzung der Rechtsordnung	285
IX.	Freiheit, Frieden und Sicherheit	286

§ 21	Staatliches Gewaltmonopol und Rechtsdurchsetzung	287
I.	Friedenspflicht und Rechtsgehorsam.	288
II.	Gefährdungen	289
III.	Sonderproblem „politische Gewalt“	290
IV.	Dekuvrierende Einseitigkeit bei Gewaltbekämpfung.	291
§ 22	Das Prinzip der Gewaltenteilung.	293
I.	Grundanliegen einer Machtmäßigung durch Macht- verteilung	294
II.	Grundanliegen einer funktionsgerechten Organstruktur .	296
III.	Gefährdungen	297
§ 23	Gewährleistung gerichtlichen Rechtsschutzes.	299
§ 24	Rechtsstaatliche Verwaltung	300
§ 25	Rechtsstaatliche Prinzipien in der Europäischen Union	301

Zum Ausklang

I.	Erosion der Gerechtigkeit	305
II.	Allgemeiner Orientierungsmangel	307
III.	Verantwortungslosigkeit als Prinzip?	308
IV.	Zweifel an der freiheitlichen Demokratie	309
V.	Überforderung des Menschen durch die Menschenrechte? .	311
VI.	Das große Wagnis	314

Liste der verwendeten Literatur	321
Sachregister	331